



## Zur aktuellen Debatte 25 Jahre Unrechtsbereinigungsgesetze

### Der Landtag in Sachsen-Anhalt ist solidarisch mit SED-Verfolgten – kein Verfallsdatum für die Rehabilitierung

#### Birgit Neumann-Becker:

Der Landtag hat sich heute in einer aktuellen Debatte mit der Rehabilitierung und Entschädigung von SED-Unrecht befasst. Damit rückt er die Opfer der SED-Diktatur in den Mittelpunkt der Betrachtung. Das ist ein wichtiges Zeichen von Empathie und Solidarität. Und: Mit ihrer Debatte zollten die Abgeordneten den ehemals Verfolgten Respekt. Viele der politisch Verfolgten haben sich für Freiheitsrechte eingesetzt, die wir heute gebrauchen können. Und viele von ihnen beteiligen sich heute in der Aufarbeitung und in der politischen Bildung durch Zeitzeugenberichte.

Mit den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen ist es seit 25 Jahren möglich, politisches Unrecht festzustellen, staatliche Entscheidungen aufzuheben und Entschädigung zu leisten.

Das ist für die ehemals Verfolgten und ihre Familien essentiell.

Erlittenes Unrecht kann nicht wieder gut gemacht werden. In Haft gestohlene Lebenszeit kann nicht ersetzt werden. Das Vertrauen ins Leben der ehemals jungen Menschen, ihre Unbekümmertheit, ihre Gesundheit können nicht zurückgegeben werden. Gewalterfahrungen können nachträglich nicht harmonisiert werden. Aber die Gesellschaft muss sich zu den Opfern der Diktatur stellen und ihren Einsatz würdigen.

Mit ihrem einstimmigen Beschluss, bekannten sich die Politikerinnen und Politiker dazu, politisches Unrecht dauerhaft zu rehabilitieren. Damit geben sie den Betroffenen ein wichtiges Signal.

